

## Senatsantwort(en) in der Fragestunde des Parlaments im Dezember 2025

### Widersprüche und Klagen wegen persönlicher Assistenz

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke  
**Wir fragen den Senat:**

1. Wie viele Widerspruchsverfahren gab es in den letzten fünf Jahren im Bereich der persönlichen Assistenz in Fällen gleichzeitiger Leistungen der Eingliederungshilfe und Hilfen zur Pflege, in denen das Amt für Soziale Dienste der Widerspruchsgegner war? (Bitte getrennt nach Jahren aufschlüsseln.)
2. Wie viele Klageverfahren gab es in den letzten fünf Jahren im Bereich der persönlichen Assistenz bei gleichzeitigen Leistungen der Eingliederungshilfe und Hilfen zur Pflege, in denen die Stadtgemeinde Bremen Klagegegnerin war? (Bitte getrennt nach Jahren aufschlüsseln.)
3. Worin begründet sich aus Sicht des Senats die jeweilige Zu- oder Abnahme der Zahl der Verfahren?

### **Die Antworten des Senats:**

#### **Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:**

Im Jahr 2021 gab es keine Widerspruchsverfahren, im Jahr 2022 zwei und 2023 drei, im Jahr 2024 sieben und 2025 bis dato fünf. In den letzten fünf Jahren wurden insgesamt 17 Widerspruchsverfahren verzeichnet. Sechs Widerspruchsverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

In der Zeit von 2021 bis 2025 gab es insgesamt sieben Klageverfahren. In 2021 und 2023 gab es keine Klageverfahren, im Jahr 2022 gab es ein Klageverfahren, 2024 zwei und in 2025 bis dato vier.

Sechs der Gerichtsverfahren sind noch nicht beendet. In einem Verfahren wurde die Klage zurückgenommen.

In den Widerspruchsverfahren und in vier der Klageverfahren ist der Umfang pflegerischer Bedarfe streitgegenständlich. Die Bedarfe werden regelmäßig alle zwei Jahre festgestellt, um Änderungen berücksichtigen zu können. Im Rahmen dieser Überprüfung wurden veränderte pflegerische Bedarfe festgestellt. Die Verfahren richten sich gegen die Feststellungen zum Umfang.

### **Mitbestimmung bei Tempokontrollen**

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke  
**Wir fragen den Senat:**

1. Hat der Senat Kenntnis über die Aktion der Polizeiinspektion Nienburg und Schaumburg, bei der Bürger:innen über neue Standorte für mobile Blitzer abstimmen dürfen, und wie bewertet der Senat diese Aktion?
2. Wie schätzt der Senat Hinweise aus der Bevölkerung in Bezug auf Gefahrenstellen im Straßenverkehr ein, und wie werden diese bisher in die Planung für mobile Blitzer mit einbezogen?
3. Kann sich der Senat vorstellen, die Aktion der benachbarten Polizeiinspektion auch in Bremen durchzuführen, und die Bürger:innen aktiv bei der Standortsuche für mobile Blitzer mit einzubeziehen?

### **Die Antworten des Senats:**

#### **Die Fragen 1 und Frage 2 werden zusammen beantwortet:**

Die Aktion der Polizeiinspektion Nienburg und Schaumburg ist aus der Presse bekannt. Hinweise aus der Bevölkerung sowie von Beiräten und Ortsämtern auf Gefahrenstellen im Straßenverkehr oder beobachteten Verkehrsverstößen werden von der Polizei Bremen positiv bewertet.

Vorgeschlagene Standorte werden in Abgleich mit den vorliegenden Verkehrsunfall- und Verkehrsanalysen bewertet. In diese Betrachtung fließen auch Geschwindigkeitsmessergebnisse ein. Erst auf dieser Datengrundlage wird entschieden, an welchen Orten und mit welchen Messsystemen eine tatsächliche Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden kann. Vorrangige Ziele der Geschwindigkeitsmessungen durch die Polizei Bremen sind der Schutz sensibler Bereiche beispielsweise vor Schulen, Einrichtungen für Kinder oder Senioren sowie von Stellen, an denen sich Geschwindigkeitsüberschreitungen als besonders gefährlich erwiesen haben.

#### **Zu Frage 3:**

Wie dargelegt, werden Hinweise aus der Bevölkerung bereits in die fachlichen Entscheidungen mit einbezogen. An die konkrete Auswahl der Standorte sind jedoch je nach Messgerät bestimmte Voraussetzungen gebunden, um gerichtsfeste Ergebnisse zu erzielen.

Eine Entscheidung einzig auf Grund von Abstimmungen erscheint vor diesem Hintergrund nicht zielführend, die bereits praktizierte Einbeziehung von Hinweisen der Bewohner:innen aller Stadtteile in die Verkehrssicherheitsarbeit hat sich aus Sicht der Polizei Bremen bewährt.